



Liebe Leserin, lieber Leser,

Sprachexperten haben den Begriff „**Entlassungsproduktivität**“ zum Unwort des Jahres 2005 gewählt. Der Begriff bezeichnet die bei Vorständen und Geschäftsführern beliebte Methode, den Gewinn eines Unternehmens durch Rauswurf von Beschäftigten nach oben zu treiben.

Gegen diese Methode setzen sich die Beschäftigten der **AEG** zur Wehr. Sie haben damit die Sympathie einer ganzen Region, ja bundesweit gefunden. Ihr Streik für einen Sozialtarifvertrag geht in die fünfte Woche.

Und solche **Streiks für einen Sozialtarifvertrag** sind rechtens wie ein Landesarbeitsgericht erneut entschieden hat. Die Unterlassungsklage eines Arbeitgeberverbandes der Metallwirtschaft wies das hessische Landesarbeitsgericht zurück. Laut Urteil verstoßen auch „sehr weitreichende Tarifforderungen nicht gegen den Grundsatz der Unternehmensautonomie“, wenn die Existenz zahlreicher Arbeitsplätze auf dem Spiel steht (Az.: 9 Sa 915/05).

Übrigens: Die **Extranet-Seiten für Vertrauensleute** wurden neu gestaltet. Hier gibt's Praktisches und Grundsätzliches zur Vertrauensleutearbeit. Klickt Euch mal durch.

AEG: Wir bleiben hier!

Wir bleiben hier, dafür kämpfen wir – das ist der Slogan der streikenden AEG-Kolleg/innen. Eine Fabrik kann ein Konzern überall auf der Welt errichten, aber die AEG'ler können sich nicht in Nomaden zurückverwandeln und der verlagerten Produktionsstätte hinterher wandern.

Es ist zu früh, ein Resümee der Auseinandersetzung in Nürnberg zu ziehen. Aber Schlussfolgerungen für künftige Konflikte zeichnen sich ab. Eine davon: die Förderpolitik der EU-Kommission muss sich ändern. Es kann nicht angehen, dass die Unternehmen solche Investitionen kofinanziert bekommen. In ihren Förderanträgen sprechen sie von der Schaffung neuer Arbeitsplätze und von der Erschließung neuer Märkte. Kaum stehen die Fabriken, verlagern sie die Produktion aus West- nach Mitteleuropa und sagen locker: „Wir haben uns geirrt, die neuen Märkte sind nicht aufnahmefähig. Wir müssen die Waschmaschinen nach Westeuropa reimportieren. Es tut uns leid, im Vergleich zu den polnischen Waschmaschinen sind die Nürnberger viel zu teuer. Also müssen wir Nürnberg schließen.“

Das ist ihre Argumentation im Falle der AEG, und eine EU-Förderpolitik, die zwischen Neuansiedlungs- und Verlagerungsinvestition nicht unterscheidet, kommt dieser Argumentation entgegen. Die EU-Kommission muss im Falle einer Verlagerung die geleisteten Beihilfen und gewährten Steuervorteile zurück verlangen. Das verlangen wir unseinerseits von der europäischen Politik.

Kirchen werben für Betriebsratswahlen

Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche, Bischof Huber, und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann, rufen gemeinsam zur Teilnahme an den Betriebsratswahlen auf. Der Aufruf verdient es, in den Belegschaften Verbreitung zu finden. In ihm heißt es:

„Die Arbeitswelt befindet sich in einem gewaltigen Umbruch. Massenarbeitslosigkeit, Entlassungen und Verlagerungen von Arbeitsplätzen lassen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz fürchten. Gleichzeitig wächst der Druck auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Lohnverzicht zu leisten, längere Arbeitszeiten zu akzeptieren und soziale Sicherungen aufzugeben. In dieser Situation sind Betriebsräte als aufmerksame Zuhörer, kompetente Ratgeber und besonnene Verfechter von Arbeitnehmerrechten gefragt... Wir bitten alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Betriebsräte zu unterstützen, auch selbst – aus christlicher Verantwortung heraus – für dieses Amt zu kandidieren und von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.“

Den vollständigen Aufruf gibt es hier als PDF-Datei zum Download.

Betriebsratswahlen 2006: „Wir gewinnen 17.500“

Das ist das wichtigste Wahlziel für die IG Metall: Den Organisationsgrad der Betriebsräte zu steigern und konkurrierende Listen zurückzudrängen. Der Vorstand der IG Metall hat verabredet, dass mit der Aktion „Wir gewinnen 17.500 BR-Kandidatinnen und -kandidaten“ die Handlungsfähigkeit der Organisation nachhaltig gestärkt werden soll. Das Ziel ist nicht unrealistisch, bezieht man es auf die Wahlen 2002. Damals haben die Beschäftigten unserer Branchen über 87.000 Betriebsratsmitglieder gewählt. Davon waren 26 Prozent nicht organisiert.

Vermutlich kandidieren in diesem Jahr ca. 130.000 Personen. (87.000 wie 2002, plus etwa 50 Prozent zusätzliche Wahlbewerber/innen). Wenn von dieser Gesamtzahl wiederum 26 Prozent Nichtmitglieder sind, dann kommt man auf 35.000 Nichtorganisierte. Das Ziel, die Hälfte davon, also 17.500 für die IG Metall zu gewinnen, ist demnach ambitioniert, aber schaffbar.

Worum geht es uns noch? Wir müssen die Wahlbeteiligung durch einen engagierten Wahlkampf erhöhen. Eine gute Beteiligung zeigt die Rückendeckung in der Belegschaft und ist ein deutliches Signal an die Arbeitgeber. Nach den Wahlen sollten mehr junge Beschäftigte und mehr Angestellte – vor allem Frauen aus dem kaufmännischen Bereich – im Betriebsrat vertreten sein. So bildet das Gremium die Belegschaft besser ab und hat mehr Unterstützung. In den kleineren Betrieben, insbesondere im Handwerk, wollen wir die Anzahl der Firmen mit Betriebsrat stabil halten.

Die Aktion wird über die Bezirksleitungen koordiniert und von den Verwaltungsstellen gemeinsam mit den örtlichen Vertrauensleuteausschüssen, Vertrauenskörpern und Betriebsräten durchgeführt.

Den Aktionsplan gibt es hier als PDF-Datei zum Download.

DGB-Eckpunktepapier zur Alterssicherung

Der DGB-Bundesvorstand hat unter Mitwirkung der Einzelgewerkschaften Eckpunkte zur Reform der staatlichen Alterssicherung beschlossen. Der DGB übt dabei Kritik an den im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD getroffenen Vereinbarungen. Es drohten damit, so das Papier, weitere Rentenkürzungen und übermäßige Beitragssteigerungen. Die Rente mit 67 – die nun sogar noch früher kommen soll – sei zudem ein Bruch mit gegebenen Wahlversprechen.

Das Eckpunktepapier setzt sich kritisch von den Koalitionsplänen ab und beschreibt einen alternativen, ökonomisch wie sozial sinnvollen Weg, die staatliche Alterssicherung zukunftssicher zu machen. Es spricht sich im wesentlichen dafür aus, möglichst alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen.

Das Eckpunktepapier ist eine für die sozialpolitische Arbeit von Vertrauensleuten nützliche Argumentationshilfe. Die Broschüre kann direkt beim DGB-Bundesvorstand unter der E-mail-Adresse **Bianca.Weblert@dgb.de** bestellt werden. Sie kostet 0,70 Euro.

